

DIE RÜCKKEHR DES STAATES?

Politik, Staat und Gesellschaft
nach der Finanzkrise

Vorlesungsreihe im Sommersemester 2009
am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg

Mit der Finanzkrise geht die Erosion eines finanzmarktdominierten Kapitalismus einher, der die internationale Politik der letzten beiden Dekaden nachhaltig geprägt hat. Durch die Einbrüche auf den Immobilien- und Finanzmärkten, die zu einer global wirkenden Wirtschaftskrise herangewachsen sind, erlangen staatliche Interventionen und Programme eine neue Bedeutsamkeit. Folgt der gemeinhin als neoliberal skizzierten Periode des Kapitalismus nun eine Renaissance des Staates als politischer und ökonomischer Akteur? Oder ist die aktuelle Krise nicht vielmehr Ausdruck eines innerkapitalistischen Strukturbruchs, in dessen Zuge wir nicht die "Rückkehr des Staates" erleben, sondern eine Neuordnung der Beziehungen von Politik, Staat und Ökonomie?

Die Vorlesungsreihe soll aus wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, die Dimensionen der aktuellen Transformationsprozesse von Staatlichkeit analysieren und dabei den Blick auf eine mögliche Rolle des Staates nach der Finanzkrise richten. Gefragt werden soll aber auch nach den emanzipatorischen Anforderungen an staatliches Handeln, bei der Konstituierung eines an grundlegenden demokratischen und sozialen Rechten orientierten Gemeinwesens.

Die Veranstaltungen finden jeweils mittwochs um 18 Uhr im Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg, Von-Melle-Park 9 (ehemalige HWP), im Hörsaal statt.



Prof. Dr. Elmar Altvater (FU Berlin)

Vom finanzgetriebenen zum staatsgetriebenen Kapitalismus

Das globale Bankensystem muss inzwischen höhere Abschreibungen realisieren als es Haftungskapital besitzt. Viele Banken sind bankrott und können nur durch hohe Injektionen öffentlicher Mittel vor der Pleite gerettet werden. Die Zeit der Traumrenditen und üppigen Prämien ist vorbei, wenn Mittel aus dem Steueraufkommen angezapft werden. Werden Staat und öffentliche Gelder von den Banken in Dienst genommen oder kann der Staat die Banken für eine Wirtschaftslenkung mit sozialen und ökologischen Zielsetzungen nutzen? Was also heißt "demokratischer Rechtsstaat" in der Krise der Banken?



Dr. Dierk Hirschel (DGB-Chefökonom)

Das Ende des Finanzmarktkapitalismus?

Nach dem Kollaps von Wall Street & Co macht der Staat Karriere. Die Mutterländer des Kapitalismus verstaatlichen ihre Banken und schnüren Konjunkturpakete. Rettet der Staat jetzt die Verursacher der Krise? Oder ist die Krise auch eine historische Chance für sozialen Fortschritt?

Diese Veranstaltung beginnt außer der Reihe erst um 19.15 Uhr.



Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling (Universität Hamburg)

Metamorphosen des 'integralen Staates' – konkurrierende Leitbilder in der Krisendiskussion

Die Krise in der Finanz- und Weltwirtschaft stellt das Selbstverständnis des Staates aufs Neue in Frage. Die alten Leitbilder des „schlanken Wettbewerbsstaates“, „aktivierenden Sozialstaats“ oder „Gewährleistungsstaates“ sind passé. Doch zugleich ist ein neues Leitbild, das auf eine breite Zustimmung trifft, noch längst nicht greifbar. Die öffentliche Diskussion ist vielmehr durch die Konkurrenz unterschiedlicher Leitbilder gekennzeichnet, die ihrerseits durch spezifische Muster einer doppelten – sozioökonomischen und zivilgesellschaftlichen – Einbettung der staatlichen Organisationsformen und Handlungsstrategien gekennzeichnet sind.



Dr. Stefanie Wöhl (Universität Wien)

Die Transformation von Staatlichkeit in der EU: Sozialpolitische Konsequenzen

Die Veränderung staatlicher Aufgaben wird nicht erst seit der Finanz- und Wirtschaftskrise stark debattiert: Im Zuge der Wirtschafts- und Währungsunion und mit der Debatte um eine europäische Verfassung geht es um eine Kompetenzverteilung zwischen der supranationalen und mitgliedstaatlichen Ebene. Welche neuen politischen Steuerungsinstrumente dabei entwickelt werden und welche Auswirkungen diese auf die Sozial- und Gleichstellungspolitik einzelner Staaten hat, soll im Vortrag erläutert werden.



Prof. Dr. Alex Demirovic (TU Berlin)

'Politik und Wirtschaft kann man nicht trennen' – zur Aktualität eines Gemeinplatzes

In den letzten Jahren wurde öfters gefordert, die Politik oder der Staat müsse jetzt endlich zurückkehren. Das war kritisch gemeint und wendete sich gegen eine neoliberale Strategie, die den Markt zum Maß aller Dinge machen wollte. Mit den massiven staatlichen Hilfsmaßnahmen zur Sicherung des Bankensystems und zugunsten bestimmter Industriezweige und Unternehmen scheint dieser Forderung nun entsprochen zu werden. Es bedarf der Politik, wie nun auch die Neoliberalen in FAZ, SZ oder Financial Times zu sagen wissen. Aber ist es denn wirklich eine Rückkehr der Politik? War der Staat jemals weg? Was bedeutet diese Wiederkehr?



Prof. Dr. Philipp Genschel (Jacobs University Bremen)

Stresstest: Wie die Finanzkrise die Transformation von Staatlichkeit beeinflusst

Bedeutet die Finanzkrise eine politische Gezeitenwende? Holt sich der Nationalstaat jetzt mit einem Schlag die Kompetenzen zurück, die er zuvor scheinbar an Markt und internationale Organisationen verlor? Daran sind Zweifel erlaubt, denn weder war der Staat vor der Krise so abwesend noch ist er in der Krise so gestaltungsmächtig, wie im öffentlichen Diskurs jetzt oft unterstellt wird. Der Vortrag zeigt, dass die Krise keinen Strukturbruch bewirkt, sondern im Gegenteil einen bereits länger andauernden Entwicklungstrend verstärkt, nämlich die Transformation des Staates von einem Herrschaftsmonopolisten zu einem Herrschaftsmanager.



Prof. Dr. Heiner Flassbeck (Chefökonom der UNCTAD)

Gute gegen schlechte Schulden. Der Staat in der Finanzkrise

Warum ist die Krise, die wir gegenwärtig erleben, so hartnäckig? Warum lässt sich nicht einmal das Geldsystem mit massiven staatlichen Eingriffen schnell wieder in Ordnung bringen? Der Vortrag diskutiert die gegenwärtigen Herausforderungen staatlichen Handelns angesichts der Finanzkrise. Die Hauptthese lautet: Damit die gegenwärtige Krisenspirale nach unten durchbrochen wird, ist eine Inflation der staatlichen Schulden unabdingbar, um letztendlich eine allgemeine Deflation zu verhindern.



Prof. Dr. Werner Goldschmidt (ZÖSS / Universität Hamburg)

Über Formen und Funktionen der 'Rückkehr des Staates' in die Wirtschaft

Ein Gespenst geht um den Globus - das Gespenst der Verstaatlichung. Aber nur in Deutschland haben sich fast alle Mächte des krisengeschüttelten Finanzkapitalismus zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet. Anderswo - und gerade in den Zentren des Neoliberalismus - sehen es die Mächtigen viel weniger dramatisch. „Verstaatlichung“, das ist offenbar alles andere als „Sozialismus“ oder gar „Kommunismus“, schließlich kommt es darauf an, wer die Macht im Staat, auch im demokratischen, wirklich besitzt. Wem nützt also die „Verstaatlichung“ von Banken, Versicherungen, großen Unternehmen der „Realwirtschaft“ und wovon hängt das ab?



Universität Hamburg,
Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg

Kontakt:

Andreas Merkens
Tel.: +49 +40 42838-6970
Andreas.Merkens@wiso.uni-hamburg.de

www.wiso.uni-hamburg.de/zoess

In Kooperation mit:

